

Bulsnißer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Bulsniß
Kontokonto Dresden 21 38. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Kant. Konten: Bulsnißer Bank, Pulsnitz und
Commerz und Privat Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Erscheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Beitzzeitung (Proff's Zeitschrift) RM 0,25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0,20. Amtliche Z. die RM 0,7 und RM 0,60. Reklame RM 0,60. Labelarischer Satz 50 % Aufschlag. — Zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Krieg oder in Kontursfälle gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Kreisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsschaften des Bulsnißer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Bretnitz, Hanswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2
Druck und Verlag von E. A. Försters Erben (Inh. F. W. Mohr)
Schriftleiter: F. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 101

Montag, den 3. Mai 1926

78. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Der Landstallmeister ist

am 10. Mai ds. Jz.	vorm.	9 Uhr	auf der Beschälstelle in Kamenz
" 10. "	"	mittag 12 "	" " " " Bauzen
" 11. "	"	nachm. 1 "	" " " " " " Großharthau
" 12. "	"	" 3 "	" " " " " " Großhain
" 18. "	"	vorm. 9 "	" " " " " " Moritzburg

anwendig, um die Stuten in das Zuchtbuch des Landstallamtes einzutragen, damit sie zum verbilligten Deckelbaj den staatlichen Beschälern zugeführt werden können.

Auf Ersuchen des Landstallamtes werden die Tage, an denen die Eintragungen stattfinden, hiermit bekanntgegeben.

Stutenmusterungen und Fohlenschauungen finden in diesem Jahre nicht statt.

Amtshauptmannschaft Kamenz, am 29. April 1926.

Unter dem Klauenviehbestande des Gutbesizers **Albin Gärtner** in **Höckendorf** Nr. 55 ist die **Maul- und Klauenseuche** ausgebrochen.
Sperrbezirk: sämtliche Seuchengehöfte in Höckendorf. Beobachtungsgebiet: der übrige Ort.
Die für diese Fälle erlassenen Bestimmungen sind genauestens zu beachten.
Die Maul- und Klauenseuche unter dem Viehbestande des **Emil Großmann** in **Lichtenberg** Nr. 105 ist erloschen.

Amtshauptmannschaft Kamenz, am 30. April 1926.

Wegesperrung

Die **Großnaundorf — Höckendorfer Straße** wird ab **Montag, den 3. Mai 1926** bis auf weiteres wegen Neubeschotterung gesperrt.

Der Gemeinderat

Das Wichtigste

Reichsaußenminister Dr. Stresemann gewährte einem Pressevertreter eine Unterredung über den deutsch-russischen Vertrag. Ein neuer Gesetzesentwurf in der Frage der Fürstenabfindung ist dem Reichsrat überwiesen worden.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold hielt eine Rede über das Sparprogramm.

In England ist der Bergarbeiterstreik ausgebrochen. Bei einem Bootsunfall in Bulgarien ertranken 15 Personen. Gestern nachmittag fand in Gegenwart von Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden die feierliche Einweihung des Chemnitzer Flughafens und die Taufe des Flugzeuges „Chemnitz“ des Chemnitzer Vereins für Luftfahrt und Flugwesen statt.

Die dritte Reichs-Gastwirts-Messe wurde gestern vormittag in der Autohalle am Kaiserdamm eröffnet.

Nach vorläufigen Schätzungen beläuft sich der durch das Großfeuer auf dem Buzarester Güterbahnhof angerichtete Schaden auf etwa 500 Millionen Lsh.

Schwebende Aufgaben.

Von Professor D. Dr. Dr. Bredt.

Mitglied der Wirtschaftlichen Vereinigung des Deutschen Reichstages.

Wir haben den bekannten Führer der Wirtschaftspartei gebeten, uns einen Überblick über die schwebenden Fragen der deutschen Politik zu geben. Prof. Bredt rollt vor uns ein Bild all der schwierigen Probleme auf, die ihrer Lösung harren.

Man kann zweifelhaft sein, ob die jetzige Zeit mehr im Zeichen der inneren oder äußeren Politik steht, ob also die Stellungnahme der Reichsregierung und die Mehrheitsbildung im Reichstage sich mehr nach den Erfordernissen der äußeren oder der inneren Politik zu richten hat. Wir können nur soviel sagen, daß auf beiden Gebieten der Politik der jetzt wieder zusammengetretene Reichstag wichtige Aufgaben vorfindet.

In der auswärtigen Politik ist der Reichstag vor die fertige Tatsache des Vertragsabschlusses mit Rußland gestellt worden. Es hat sich die bisher kaum für möglich gehaltene Erscheinung gezeigt, daß der Vertrag im Auswärtigen Ausschuß die einstimmige Zustimmung sämtlicher Parteien gefunden hat. Die großen Schwierigkeiten liegen aber auch nicht bei dem eigentlichen Vertrage, sondern bei den Folgen, die er zweifellos in der auswärtigen Politik noch auslösen wird. Nach dem völligen Verjagen des Völkerbundes in Genf war der deutsche Schritt nach Moskau eine Tat, die zum ersten Male wieder der Welt eine selbständige Außenpolitik zeigte. Wie dieser Schritt in London und Paris aufgenommen werden wird, steht noch dahin, aber Weiterungen werden sicherlich nicht ausbleiben. Man wird vermutlich von uns ein größeres Nachgeben in den allgemeinen Völkerbundsfragen verlangen unter der Begründung, daß der deutsche Schritt die ganze Lage innerhalb des Völkerbundes beeinflusst und erschwert habe. Man

Der Reichsaußenminister über den Russenvertrag

In England ist der Generalstreik ausgebrochen — Abdel Krim hält Frankreich zum Narren

Zurückweisung ungerechtfertigter Vorwürfe

Berlin. Reichsminister Dr. Stresemann führte in einer Unterredung mit dem außenpolitischen Mitarbeiter eines Berliner Blattes über den deutsch-russischen Vertrag folgendes aus:

„Die Aufgaben unserer Politik sind durch die geographische Lage Deutschlands und durch alles das, was das Schicksal über das deutsche Volk verhängt hat, in ganz anderer Weise bestimmt, als die Politik der übrigen großen europäischen Länder. Die deutsche Außenpolitik muß in erster Linie Friedenspolitik sein, Friedenspolitik nach allen Seiten. Aber wenn wir Außenpolitik mit dem Westen und mit dem Osten machen müssen, so bedeutet solche

„zweijeitige Politik“ doch immer zweideutige Politik!

Weder der Vertrag von Rapallo und der Berliner Vertrag, noch die Schritte, die wir in unserer Westpolitik getan haben, wären für die deutsche Politik als isolierte Akte möglich. Die Aufgabe war nicht leicht, denn nach beiden Seiten mußten wir uns gegen Mißdeutungen schützen. Wir haben aber bei der Vorbereitung des Vertrages

mit ganz offenen Karten gespielt,

und ich glaube, daß wir die Aufgabe bei der Formulierung des Vertrages und der Noten einwandfrei gelöst haben.

Das Argument, daß Rußland völkerbundsfeindlich ist, können wir nicht gelten lassen. Wer solche Argumente in die Debatte wirft, treibt ein gefährliches Spiel, denn dieses Argument läuft darauf hinaus, daß ein Mitglied des Völkerbundes mit der Sowjetregierung wegen ihrer Völkerbundsfeindlichkeit keine politischen Bindungen eingehen dürfte. Damit würde aber denjenigen recht gegeben werden, die behaupten, daß der Völkerbund und die Locarno-Verträge letzten Endes gegen Rußland gerichtet seien. Eine solche Unterstellung ist von den leitenden Staatsmännern, mit denen wir in Locarno verhandelt haben, stets auf das bestimmteste zurückgewiesen worden. Man spricht in diesem Zusammenhang von der Möglichkeit des Bestehens geheimer Abmachungen zwischen Deutschland und der Sowjet-Union. Das ist nun zwar schon oft genug widerlegt worden, aber man wird es wohl bis zum Ueberdruß wieder widerlegen müssen. Wenn man heute wieder solche Andeutungen macht, so kann ich das schon nicht mehr für gutgläubig halten.

Dann hat man eingewendet, daß Deutschland sich mit dem Berliner Vertrag die

Freiheit der Stellungnahme im Völkerbund

nehme. Das ist eine ungeheuerliche Verächtlichung unserer Absichten, die in keiner Stelle des Vertrages oder des Notenwechsels eine Stütze findet. Vielmehr ist gerade der Notenwechsel, der die Völkerbundsfragen behandelt,

auf der Tatsache aufgebaut, daß wir unsere Verpflichtungen aus dem Völkerbundsstatut loyal erfüllen werden. Es ist ein feststehender Grundsatz des Völkerbundes, daß jedes Mitglied selbständig darüber entscheidet, ob ein Staat einen Friedensbruch begangen hat, und ob damit die Voraussetzungen für eine Bundesreaktion gegeben sind. Eine selbständige Entscheidung ist nie und nimmer gleichbedeutend mit einer parteiischen Entscheidung.

Wir müssen fordern, daß man den klaren und einfachen Sätzen unserer Abmachungen mit der Sowjet-Union nicht einen Sinn unterstellt, den sie nicht haben und nicht haben können. Und die leitenden deutschen Staatsmänner können das Vertrauen beanspruchen, daß man nicht glaubt, sie würden im Jahre 1926 einen politischen Schritt tun, der mit ihren politischen Schritten des Jahres 1925 im Widerspruch steht.

Die deutsch-englische Freundschaft.

London. Sir Austen Chamberlain hielt in Albert Hall vor einer Tagung der konservativen Frauen eine Rede, in der er auf die neueste weltpolitische Lage einging. Er begrüßte den Besuch des französischen Präsidenten Doumergue und des Ministerpräsidenten Briand und betonte, daß diesem Besuch keinerlei politische Bedeutung beigemessen werden dürfte.

„Wir wissen unsere herzliche Freundschaft mit Frankreich und unser tiefgehendes Verstehen mit Italien sehr wohl zu schätzen; wir können und wollen aber auf alle Fälle mit Deutschland, unserem Feinde von ehemals, zu völligem Frieden kommen. Es wäre töricht, einen alten Freund aufzugeben, um dadurch einen neuen zu gewinnen. Aber unsere Freundschaften dürfen keinesfalls abgefordert sein.“

Zum deutsch-russischen Vertrag sagte Chamberlain, er sei noch immer der festen Ueberzeugung, daß er sich auf die Worte der deutschen Staatsmänner verlassen könne.

Völkerbund und deutsch-russischer Vertrag.

Eine Rede Dr. Benesch' im tschechischen Senat.

Prag. In einer Sitzung des Außen-Ausschusses des tschechischen Senats berichtete der Minister des Auswärtigen Dr. Benesch über die ständigen Ratsitze im Völkerbunde. Er betonte in seinen Ausführungen, daß es im Interesse der Kleinen Entente läge, die sechs nichtständigen Ratsitze beizubehalten. Bei der

Lösung der Ratsitzfrage

werde auch der deutsch-russische Vertrag von Bedeutung sein. Es sei begreiflich, daß die einzelnen Staaten ein gewisses Mißtrauen gegen den deutsch-russischen Vertrag hegten. Möglich sei, daß durch den deutsch-russischen Vertrag ein

